

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>1. Wie unterstützt Ihre Partei die Forderung der Studierendenwerke (StW) in Deutschland nach einem Bund-/Länder-Hochschulsozialpakt in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für die Modernisierung und den Ausbau in den Bereichen Studierendenwohnheime, Mensa, Kita und Beratung?</p>	<b><u>CDU</u></b>	<p>Für Studierendenwerke haben wir aus dem Corona-Rettungsschirm 20 Millionen Euro bereitgestellt. Für 2022 stellen wir ein Rekordvolumen von 1,3 Milliarden Euro für den Neubau von Mietwohnungen, Auszubildenden- und Studierendenwohnheimen und Eigentumsmodernisierung zur Verfügung. Wir haben die digitale Infrastruktur der Studierendenwohnheime mit über sechs Millionen Euro gefördert. Mit unseren Förderangeboten sollen sowohl durch Neubau als auch im Rahmen der Bestandertüchtigung neben einer Verbesserung der Wohnsituation für Studierende neue Impulse für Stadtquartiere gesetzt und insgesamt der Standort NRW gestärkt werden. Für eine bessere Betreuung der Studentinnen und Studenten und eine höhere Qualität der Lehre durch hauptamtliches Lehrpersonal haben wir die Mittel auf 300 Millionen Euro erhöht.</p>
	<b><u>SPD</u></b>	<p>Wir wollen die Studierendenwerke so finanzieren, dass diese ihre Aufgaben sachgerecht durchführen und Semesterbeiträge gesenkt werden können. Dies ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Studierendenwerke ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und die nötige Infrastruktur eines sozialen Campus schaffen können. Deshalb ist es notwendig, in den Neubau und die Sanierung von Studierendenwohnanlagen und Mensen zu investieren sowie eine Stärkung von Angeboten der Kinderbetreuung und Beratung sicherzustellen. Wir begrüßen die Forderung eines Bund-/Länder-Hochschulsozialpakts und sind offen für eine entsprechende Debatte mit dem Bund und den anderen Bundesländern.</p>
	<b><u>B90/DIE GRÜNEN</u></b>	<p>Wir unterstützen den Wunsch nach einer Förderung für die soziale Infrastruktur an den Hochschulen durch Bund und Länder. Wir wollen aber nicht auf den Bund und die anderen Länder warten, sondern selbst als Land zu unserer Verantwortung stehen, die Angebote angemessen zu finanzieren und so für einen bedarfsgerechten Ausbau zu sorgen.</p>
	<b><u>FDP</u></b>	<p>Wir setzen uns für weitere Investitionen in die Hochschulen sowie in die soziale Hochschulinfrastruktur ein. Um Bildungsinvestitionen des Bundes zu erleichtern, setzen sich die Freien Demokraten sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene für ein Kooperationsgebot und damit eine engere, zielgenauere und verbindlichere Kooperation aller Ebenen ein.</p>
<b><u>DIE LINKE.</u></b>	<p>Die Linke unterstützt die Forderung nach einem Hochschulsozialpakt. Für uns steht im Fokus dessen besonders die Sanierung und Ausbau der Wohnheime, aber auch für ihre anderen Aufgaben müssen den Studierendenwerken mehr</p>	

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>1. Wie unterstützt Ihre Partei die Forderung der Studierendenwerke (StW) in Deutschland nach einem Bund-/Länder-Hochschulsozialpakt in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für die Modernisierung und den Ausbau in den Bereichen Studierendenwohnheime, Mensa, Kita und Beratung?</p>	<p><b><u>DIE LINKE.</u></b></p> <p><b><u>AfD</u></b></p>	<p>Geld zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung der Studierendenwerke hat sich nämlich über die letzten Jahrzehnte immer mehr zu Lasten der Studierenden verschlechtert.</p> <p>Die AfD-Fraktion im Landtag NRW hat zu allen Haushaltsberatungen in der letzten Legislaturperiode zusätzliche Mittel für die Studentenwerke beantragt. Die finanzielle Vernachlässigung der Studentenwerke über lange Jahre hinweg durch alle bisherigen regierungstragenden Fraktionen und Regierungen hat zu einem immensen Investitionsstau geführt, der eben nicht schnell abgetragen werden kann. Insofern ist die Forderung nach einem einmaligen Bund-/Länder-Hochschulsozialpakt zur schnellen Auflösung dieses Investitionsstaus mehr als berechtigt. Allerdings ist es nicht hilfreich, die baulichen Modernisierungen durch sogenannte Klimaschutzauflagen und überzogene Hygienestandards aufgrund des Coronanarrativs derart zu verteuern und zeitlich hinauszuzögern, dass die Effizienz der eingesetzten Mittel verpufft. Die Sprecher des DSW sollten hier nicht der Versuchung erliegen, durch Berufung auf zurzeit öffentlichkeitswirksame, aber doch ideologisch generierte Handlungsvorschriften die Bereitschaft zur Bereitstellung finanzieller Mittel zu erhöhen.</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>2. Einer der Kernbereiche der StW ist die Bereitstellung eines breiten und hochwertigen Gastronomieangebots. Wie kann im derzeitigen Umfeld starker Kostenerhöhungen die Finanzierung eines preisgünstigen sowie nachhaltigen Essensangebots für die über 600.000 Studierenden sichergestellt werden?</p>	<p><b><u>CDU</u></b></p>	<p>Die Studierendenwerke leisten einen wichtigen Beitrag für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort NRW. Daher haben wir den Allgemeinen Zuschuss an die Studierendenwerke 2021 auf 44,5 Millionen Euro erhöht. Das waren knapp zehn Prozent mehr als im Vorjahr. In der Erhöhung sind verschiedene Förderungsmaßnahmen inkludiert. Diese Erhöhung wurde den Studierendenwerken dauerhaft gewährt. Mit dem Haushalt 2022 steigern wir die Landeszuschüsse an die Studierendenwerke nochmals auf nunmehr rund 44,8 Millionen Euro. Darüber hinaus wurde mit dem Haushalt 2022 erstmalig ein Einstieg in die Dynamisierung des Allgemeinen Zuschusses gefunden, indem absehbare Tarifsteigerungen für den auf den Allgemeinen Zuschuss entfallenden Anteil der Personalkosten abgesichert werden. Wir wollen auch weiterhin einen guten Austausch mit den Studierendenwerken pflegen und weitere Möglichkeiten zur Entlastung prüfen. Wir haben zudem 5,2 Millionen Euro zur Vermeidung der drohenden Zahlungsunfähigkeit der Studierendenwerke NRW aufgrund fehlender Einnahmen im Bereich der Gastronomie zur Verfügung gestellt.</p>
	<p><b><u>SPD</u></b></p>	<p>Über die auskömmliche Finanzierung der Studierendenwerke wollen wir preisgünstige Angebote der Hochschulgastronomie gewährleisten. Ein breites und hochwertiges Angebot umfasst für uns zudem explizit auch die Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung der Beschäftigten in der Hochschulgastronomie.</p>
	<p><b><u>B90/DIE GRÜNEN</u></b></p>	<p>Wir wollen die Studierendenwerke verlässlich und deutlich besser finanzieren. Davon erhoffen wir uns eine Preisstabilität bei der gastronomischen Versorgung durch die Studierendenwerke sowie möglichst eine Senkung der Sozialbeiträge, die die Studierenden aufbringen.</p>
	<p><b><u>FDP</u></b></p>	<p>Die Studierendenwerke betreiben mit den Mensen wichtige Einrichtungen der sozialen Hochschulinfrastruktur. Während der Pandemie haben wir aus dem NRW-Rettungsschirm 21,2 Mio. Euro bereitgestellt, um etwaige Einnahmeausfälle der Studierendenwerke zu kompensieren. Wir setzen uns dafür ein, die Studierendenwerke weiterhin dabei zu unterstützen, preisgünstige, gesunde und nachhaltige Essensangebote für Studierende anzubieten. Ferner unterstützen wir die von der Bundesregierung geplante BAföG-Reform, durch welche gezielt Studierende mit wenig Geld unterstützt werden.</p>
<p><b><u>DIE LINKE.</u></b></p>	<p>Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Studierendenwerke so gut finanziert werden, dass sie gesunde, fair und nachhaltig produzierte Lebensmittel für ihre Mensen und Cafeterien nutzen können, die nicht nur von den</p>	

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>2. Einer der Kernbereiche der StW ist die Bereitstellung eines breiten und hochwertigen Gastronomieangebots. Wie kann im derzeitigen Umfeld starker Kostenerhöhungen die Finanzierung eines preisgünstigen sowie nachhaltigen Essensangebots für die über 600.000 Studierenden sichergestellt werden?</p>	<p><b><u>DIE LINKE.</u></b></p> <p><b><u>AfD</u></b></p>	<p>Studierenden, sondern auch von den Hunderttausenden prekär beschäftigter Hochschulangestellten bezahlt werden können. Vegane und vegetarische Angebote sollten selbstverständlich sein.</p> <p>Die Finanzierung des Essensangebots unterliegt kaufmännischer Kalkulation. Insofern werden die Akteure der Studentenwerke sich auch veranlasst sehen, kaufmännisch auf die veränderte finanzielle Situation reagieren zu müssen. In Anbetracht der Entwicklung, dass aufgrund der immensen Kostensteigerungen die Altersarmut zunimmt und die finanzielle Situation vieler Familien von Normalverdienern arg belastet wird, sollten die Akteure der Studentenwerke ihre Kriterien für ein „breites und hochwertiges Gastronomieangebot“ und ihre Kriterien für „Nachhaltigkeit“ noch einmal überdenken. Inwiefern die Beiträge der Studenten maßvoll angehoben werden können, muss gemeinsam überdacht werden. Im Rahmen dessen wird sich die AfD dafür einsetzen, einen Teil der erhöhten Kosten über Zuweisungen von Haushaltsmitteln aufzufangen.</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>3. Mit welchen Instrumenten will Ihre Partei mit den StW die allseits gewünschte Offensive für studentisches Wohnen in NRW umsetzen? Wird Ihre Partei erweiterte Zuschüsse zum Erhalt und Neubau von Studierendenwohnheimen bereitstellen?</p>	<p><b><u>CDU</u></b></p>	<p>Wir fördern im Rahmen der öffentlichen Wohnraumförderung studentischen Wohnraum mit stark zinsverbilligten Darlehen und Tilgungsnachlässen und wollen diesen weiterhin stärken. Wir haben die Förderrichtlinien verbessert und erstmals Runde Tische „Studentisches Wohnen befördern – Grundstücke mobilisieren – Partnerschaften organisieren“ initiiert, um aktiv für den Neubau von Studierendenwohnheimen an den besonders nachgefragten Hochschulstandorten einzutreten und bestehende Hemmnisse im Dialog zu beseitigen. In diesem Jahr haben wir die Förderrichtlinien nochmals deutlich verbessert. Neben einem deutlich erhöhten Grunddarlehen pro Wohnheimplatz und Quadratmeter Gemeinschaftsfläche, können diverse Zusatzdarlehen gewährt werden. Diese gibt es beispielsweise für Klimaanpassungsmaßnahmen und nachhaltiges Bauen mit dem Rohstoff Holz, oder für BEG Effizienzhaus 40 Standard und Planungswettbewerbe. Für das Jahr 2022 stellen wir ein Rekordvolumen von 1,3 Milliarden Euro für den Neubau von Mietwohnungen, Auszubildenden- und Studierendenwohnheimen und Eigentumsmodernisierung zur Verfügung.</p>
	<p><b><u>SPD</u></b></p>	<p>Wir werden ein studentisches Wohnraumprogramm auflegen, um Neubau und Sanierung von Studierendenwohnanlagen vor allem in den überhitzten Mietmärkten der Studierendenstädte zu realisieren. Die entsprechenden Instrumente hat die SPD in den Anträgen „Offensive für Studentisches Wohnen – NRW braucht ein Investitionsprogramm für die Studierendenwerke“  <a href="https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-4453.pdf">https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-4453.pdf</a> und „Günstiger Wohnraum für Studierende wird immer knapper – Studierende, Studierendenwerke, Hochschulrektorenkonferenz und SPD einig: Wir brauchen mehr öffentlich geförderten Wohnraum für Studierende!“  <a href="https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-14893.pdf">https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-14893.pdf</a> dargestellt, die von den regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP leider abgelehnt wurden.</p>
	<p><b><u>B90/DIE GRÜNEN</u></b></p>	<p>Wir wollen ein Programm für eine klimaneutrale Wissenschaft einrichten. Damit soll der Sanierungsstau auch an den Studierendenwerken, samt Wohnanlagen, abgebaut werden. Die Einrichtungen sollen klimagerecht, mit hohen, zukunftsfähigen Standards, barrierefrei und inklusiv saniert und modernisiert werden. Darüber hinaus wollen wir für mehr Wohnungen für Studierende sorgen, indem wir Neubauten über Zuschüsse an die Studierendenwerke fördern.</p>
	<p><b><u>FDP</u></b></p>	<p>Sowohl Studierende als auch Auszubildende sind vielfach auf preisgünstige Wohnungsangebote angewiesen. Der Ausbau der preisgünstigen Wohnheimplätze ist hinter der steigenden Nachfrage zurückgeblieben. Es besteht auch bei</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>3. Mit welchen Instrumenten will Ihre Partei mit den StW die allseits gewünschte Offensive für studentisches Wohnen in NRW umsetzen? Wird Ihre Partei erweiterte Zuschüsse zum Erhalt und Neubau von Studierendenwohnheimen bereitstellen?</p>	<p><u>FDP</u></p>	<p>den Bestandsbauten ein hoher Sanierungsbedarf. Wir wollen deshalb die öffentliche Förderung für die Modernisierung und den Neubau von Wohnheimen ausbauen. Das Land garantiert Tilgung und Zinsen für die Finanzierungen und stellt selbst Flächen in Campusnähe und, wo möglich, in der Nähe von Berufsschulen zur Verfügung. Wir setzen uns zudem weiter dafür ein, durch Entbürokratisierung und digitale Verfahren Anreize zum Bauen zu setzen. Dieser Politikansatz hat dazu beigetragen, dass z.B. 2020 2.405 Wohnungen in Wohnheimen genehmigt wurden, was einem Plus von 127,1 Prozent entspricht.</p>
	<p><u>DIE LINKE.</u></p>	<p>Die Linke fordert einen Hochschulsozialpakt, um die Wohnheime sanieren und ausbauen zu können und damit studentischen Wohnraum zu schaffen. Uns ist bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen wichtig, weshalb wir hart gegen spekulativen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung vorgehen werden. Auch einen bundesweiten Mietendeckel wollen wir per Bundesratsinitiative einbringen. Dies alles würde auch Studierenden bei der Suche nach bezahlbaren Wohnungen helfen.</p>
	<p><u>AfD</u></p>	<p>Die AfD-Fraktion hat in allen Haushaltsberatungen der letzten Legislaturperiode zusätzliche Mittel für die Renovierung und den Neubau von Studentenwohnheimen beantragt. Je nach der zukünftigen Entwicklung im Bereich der Studentenwohnheime wird sie das auch im nächsten Landtag so handhaben. Die AfD setzt sich in ihrer Programmatik grundsätzlich eher für den Erhalt und die Stabilisierung vorhandener Strukturen ein als für die Verwirklichung teurer, aber nutzloser, durch bestimmte ideologische Vorstellungen getriebene Projekte. Es geht um den effizienten Einsatz finanzieller Mittel zum Wohle der betroffenen Menschen.</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>4. Wie wird Ihre Partei im BAföG Fachverfahren, die Einführung einer E-Akte und die medienbruchfreie Antragsbearbeitung vorantreiben?</p>	<p><b><u>CDU</u></b></p>	<p>Wir setzen uns in Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern dafür ein, ein Pilotprojekt zur Umsetzung eines bundesweit einheitlichen BAföG-Antragsverfahrens in Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Um aufgrund von Hochschulwechsellern zwischen den Bundesländern im Bereich BAföG Datenübernahmen zu sichern, werden Schnittstellen benötigt. Eine bundesweite Lösung, also eine bundesweite e-Aktenlösung erscheint daher sinnvoll, um Information, Antragstellung, Bearbeitung, Kommunikation, Aktenführung und Archivierung so zu digitalisieren. Wir haben uns dafür eingesetzt, bei der Entwicklung eines neuen digitalen BAföG-Antragsverfahrens zu gewährleisten, dass die BAföG-Ämter die Daten der Antragsstellenden medienbruchfrei erhalten und problemlos verarbeiten können. Die erarbeitete länderübergreifende Lösung für die digitale BAföG-Antragstellung ist ein wichtiger Schritt bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und hilft dabei, Studierenden sowie Schülerinnen und Schüler den BAföG-Zugang deutlich zu erleichtern.</p>
	<p><b><u>SPD</u></b></p>	<p>Eine tiefgreifende Reform des BAföG, wie sie auf der Bundesebene geplant ist, ist dringend notwendig. Das Ziel muss es unter anderem sein, eine bundeseinheitliche und digitale Lösung für einen unbürokratischen und medienbruchfreien Gesamtprozess zu realisieren, von der Antragstellung über die interne Verarbeitung bis hin zum Bescheid. Dazu werden wir auf der Landesebene einen aktiven Beitrag leisten.</p>
	<p><b><u>B90/DIE GRÜNEN</u></b></p>	<p>Wir wollen dafür sorgen, dass das gesamte BAföG-Verfahren vollständig digital und medienbruchfrei möglich ist. Während die Umstellung aus Sicht der beantragenden Studierenden schon erfolgt ist, bleibt noch Handlungsbedarf im für sie nicht sichtbaren Teil des Verfahrens. Wir setzen uns dafür ein, dass es im besten Fall eine bundeseinheitliche Lösung für die BAföG-Fachanwendung gibt. Kommt dies nicht oder nicht zeitnah zustande, sorgen wir für eine zufriedenstellende Lösung auf Landesebene. Dabei werden wir die Studierendenwerke eng einbeziehen, denn die Ausgestaltung der neuen Software muss zusammen mit den Anwender*innen in den BAföG-Ämtern erfolgen.</p>
	<p><b><u>FDP</u></b></p>	<p>Wir haben uns bereits dafür eingesetzt, die Digitalisierung der Landesverwaltung bis 2025 abzuschließen. Die Vorgängerregierung hatte zuvor geplant, dies erst 2031 umzusetzen. Die E-Akte wird nunmehr sukzessive innerhalb der Landesverwaltung ausgerollt und die Einführung in den BAföG-Ämtern ist Bestandteil dieses Rolloutplans. Wir setzen uns dafür ein, den Rollout der E-Akte schnellstmöglich auch für die BAföG-Ämter umzusetzen. Nachdem wir mit BAföG Digital ein neues digitales Antragsverfahren in NRW etabliert haben, kann nur durch die schnellstmögliche</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>4. Wie wird Ihre Partei im BAföG Fachverfahren, die Einführung einer E-Akte und die medienbruchfreie Antragsbearbeitung vorantreiben?</p>	<b>FDP</b>	Einführung der E-Akte eine medienbruchfreie Antragsbearbeitung gewährleistet werden. Hierdurch werden die BAföG-Ämter entlastet und die Voraussetzungen für eine schnellere Antragsbearbeitung geschaffen.
	<b><u>DIE LINKE.</u></b>	Die Einführung einer E-Akte und einer medienbruchfreien Antragsbearbeitung ist ein wichtiger Schritt, um das Bürokratiemonster BAföG-Antrag zu verschlanken, hin zu einer modernen Verwaltung. Insbesondere in Verbindung mit unserer Forderung nach einem elternunabhängigen BAföG wird die Antragstellung und Bearbeitung wesentlich vereinfacht. Wichtig ist bei der Einführung einer E-Akte, dass es eine bundesweite einheitliche Lösung gibt, damit Studierende einfacher zwischen Studienorten wechseln können.
	<b><u>AfD</u></b>	Aufgrund der Tatsache, dass die vom Land beauftragten Institute und Landesbehörden bisher keine Lösung erarbeiten konnten, würde die AfD private Anbieter von IT-Lösungen kontaktieren und gegebenenfalls beauftragen.



Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>5. An vielen Standorten in NRW haben StW und/oder Hochschulen psychosoziale Beratungsangebote aufgebaut. Wie steht Ihre Partei zur finanziellen Förderung dieser Beratungsangebote?</p>	<p><b><u>CDU</u></b></p>	<p>Wir werden die Studienberatung verbessern. Berufsorientierung, alternative Ausbildungswege, branchenspezifische Bedarfsprognosen und vieles mehr, aber auch soziale und psychologische Angebote sind wichtige Hilfestellungen für junge Menschen. Vor allem digitale Formate sorgen für flexible und passgenaue Angebote. In diesem Bereich werden wir finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um die Angebote zu fördern und zu stärken. Mit einer verbesserten Studienberatung, mit Talentscouting für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler aus Nichtakademikerfamilien, mit Begabtenförderung an Schulen, mit einer besseren Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Schulen sorgen wir dafür, dass mehr junge Menschen ihr Studium erfolgreich abschließen. Wir haben erreicht, dass auch seit dem 1. Januar 2021 entstandene Mehrausgaben für psychosoziale Beratungsleistungen erstattet werden können. Darüber hinaus soll der Empfängerkreis rückwirkend auf die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen erweitert werden, da auch hier psychosoziale Beratungsleistungen angeboten werden.</p>
	<p><b><u>SPD</u></b></p>	<p>Digitale Lehre, psychische Belastungen und fehlender Ausgleich waren und sind auch nach zwei Jahren Pandemie leider Alltag an den Hochschulen. Die soziale Verantwortung der Studierendenwerke umfasst auch die Beibehaltung und Stärkung von Angeboten der psychosozialen Fürsorge. Dies werden wir durch eine auskömmliche Finanzierung sicherstellen.</p>
	<p><b><u>B90/DIE GRÜNEN</u></b></p>	<p>Wir wollen den Ausbau der psychosozialen Beratung an Studierendenwerken und Hochschulen auch nach Auslaufen der Finanzierung aus dem NRW-Rettungsschirm weiterhin fördern und die Angebote dauerhaft sicherstellen.</p>
	<p><b><u>FDP</u></b></p>	<p>Die Inanspruchnahme psychosozialer Beratungsangebote für Studierende ist während der Pandemie deutlich gestiegen. Um Beratungskapazitäten auszubauen und Studierenden bestmöglich helfen zu können, haben wir den Studierendenwerken und Hochschulen für die psychosoziale Beratung zusätzliche Mittel in Höhe von 3,1 Mio. Euro bereitgestellt. Die Förderung der psychosozialen Beratung von Studierenden haben wir während der Pandemie deutlich ausgebaut, inwieweit diese Förderung bei weiterhin großer Auslastung ausgebaut werden muss, ist zu prüfen.</p>
	<p><b><u>DIE LINKE.</u></b></p>	<p>Die Studierenden stehen unter einem hohen Erfolgsdruck, was dafür sorgt, dass immer mehr Studierende unter psychischen Problemen leiden. Um den Studierenden in ihrer jetzigen Lage zu helfen, braucht es entsprechende psychologische Beratungsstellen an den Universitäten. Uns ist es aber auch wichtig, die Ursachen der Probleme zu</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>5. An vielen Standorten in NRW haben StW und/oder Hochschulen psychosoziale Beratungsangebote aufgebaut. Wie steht Ihre Partei zur finanziellen Förderung dieser Beratungsangebote?</p>	<p><b><u>DIE LINKE.</u></b></p> <p><b><u>AfD</u></b></p>	<p>bekämpfen und den Studierenden unnötigen Druck aus ihrem Leben zu nehmen. Dazu gehört z. B. eine sichere Finanzierung ihres Studiums wie es durch ein elternunabhängiges und bedarfsgerechtes Bafög möglich wäre.</p> <p>Psychosoziale Beratungsangebote sind wichtiger denn je. Zum einen haben die Einschränkungsmaßnahmen in Zusammenhang mit der Bekämpfung der Covid-19-Erkrankung zu teilweise schweren psychischen Schäden und großen Schwierigkeiten beim Studienverlauf geführt. Zum anderen verlangt die öffentlich propagierte Akademisierungsausrichtung dringend die individuelle Beratung im Überforderungsfall. Die AfD würde also die Beratungsangebote finanziell unterstützen, allerdings bereits im Vorfeld von Universität und Hochschulen das Beratungsangebot deutlich erweitern.</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>6. Wie wird eine Regierungsbeteiligung Ihrer Partei die sachgerechte Finanzierung der StW (insb. Allgemeiner Zuschuss und Aufwandserstattung BAföG) langfristig sicherstellen?</p>	<u>CDU</u>	<p>Insgesamt haben wir für die Studierendenwerke in NRW seit 2020 mehr als 21 Millionen Euro aus dem NRW-Rettungsschirm bereitgestellt. Dieses Sonderprogramm haben wir im Jahr 2020 aufgelegt, um die mögliche coronabedingte Zahlungsunfähigkeit der Studierendenwerke zu verhindern. Dadurch sind die Studierendenwerke bislang wirtschaftlich sehr gut durch die Corona-Pandemie gekommen. Infolgedessen wurden die verfügbaren Mittel nicht vollständig abgerufen. Deshalb haben wir entschieden, dass auch seit dem 1. Januar 2021 entstandene Mehrausgaben für psychosoziale Beratungsleistungen erstattet werden können. Damit haben wir auf den coronabedingt erhöhten Beratungsbedarf reagiert. Für die psychosoziale Beratung von Studierenden stellen wir den Studierendenwerken und den Hochschulen rund 3,1 Millionen Euro zur Verfügung. Zudem haben wir eine finanzielle Unterstützung der Studierendenwerke bei der Digitalisierung beschlossen. Diese hatten einen Bedarf von 6,1 Millionen Euro gemeldet, welcher nun aus dem Sonderprogramm für die Studierendenwerke gedeckt werden kann. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, das BAföG neu aufzustellen.</p>
	<u>SPD</u>	<p>Die sachgerechte Finanzierung der Studierendenwerke im Sinne einer Aufstockung der Grundfinanzierung halten wir für zwingend notwendig. Zudem sollten die entsprechenden Mittel dynamisiert werden.</p>
	<u>B90/DIE GRÜNEN</u>	<p>Wir wollen den Studierendenwerken dauerhaft Planungssicherheit geben, indem wir sie aufgabengerecht finanzieren. Daher wollen wir die allgemeinen Zuschüsse und die Erstattung der BAföG-Verwaltungskosten an die Studierendenwerke dynamisieren, die Investitionszuschüsse an die realen Anforderungen anpassen und Sonderförderungen für Sonderbedarfe – etwa zu Sanierung und Neubau von Wohnanlagen und zur Digitalisierung – bereitstellen.</p>
	<u>FDP</u>	<p>Seit Beginn dieser Legislaturperiode haben wir die Grundfinanzierung der Studierendenwerke, den sog. Allgemeinen Zuschuss, um rund 11 Prozent auf den Rekordwert von jetzt rund 45 Mio. Euro angehoben – die stärkste Erhöhung seit zehn Jahren. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, die BAföG-Ämter durch die schnellstmögliche Einführung der E-Akte zu entlasten.</p>
	<u>DIE LINKE.</u>	<p>In einer Regierungsbeteiligung würde sich die Linke nicht nur für einen Erhalt, sondern auch einen Ausbau der staatlichen Zuschüsse bemühen. Dies ist dringend notwendig, damit die Studierendenwerke ihre Angebote wie z.B.</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>6. Wie wird eine Regierungsbeteiligung Ihrer Partei die sachgerechte Finanzierung der StW (insb. Allgemeiner Zuschuss und Aufwandserstattung BAföG) langfristig sicherstellen?</p>	<b><u>DIE LINKE.</u></b>	<p>das Mensaessen und den Wohnraum nachhaltig gestalten können. Einer Erhöhung der Zuschüsse ist außerdem auch zwingend notwendig, um einen weiteren Anstieg des Semesterbeitrags zu verhindern.</p>
	<b><u>AfD</u></b>	<p>Zum einen muss der Finanzierungsbedarf des Bestands seriös ermittelt werden. Das gilt grundsätzlich für alle Bestandsbereiche, also auch für Schulen, Verkehrsinfrastruktur, Polizei und andere. Beständige Investitionen in diese Bereiche und noch andere hinein sind eben auch Investitionen. Dazu müssen die voraussichtlichen Kostensteigerungen und Finanzbedarfe der Folgejahre im jeweiligen Haushalt Berücksichtigung finden. Um das zu gewährleisten, müssen alle Mittel nach dem Gesichtspunkt der Effizienz eingesetzt werden.</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>7. Die StW sehen nicht nur in Lehre und Forschung, sondern auch in der sozialen Hochschulinfrastruktur großes Potential für die Digitalisierung, z.B. schnelle Internetverbindungen in den Wohnheimen, bei digitalen Bezahlssystemen oder der Online-Mietadministration. Wie werden Sie hier die StW fördern?</p>	<u>CDU</u>	<p>Wir haben die digitale Infrastruktur der Studierendenwohnheime mit über sechs Millionen Euro gefördert. Glasfaserkabel sollen verlegt, Bandbreiten erhöht und die WLAN-Ausstattung verbessert werden. Wir ermöglichen damit eine schnelle Verbesserung der digitalen Lernmöglichkeiten in den Studierendenwohnheimen. Die Hochschulen haben die Online-Lehre coronabedingt ausgebaut. Es zeichnet sich ab, dass sie auch künftig neben dem Präsenzbetrieb positive neue Chancen der Digitalisierung für Forschung, Lehre und Verwaltung nutzen werden. Wichtig ist, dass möglichst alle Studierenden in den Studierendenwohnheimen dabei auf eine passende Infrastruktur zurückgreifen können. Dies wollen wir sicherstellen. Wir unternehmen in dieser Legislaturperiode enorme Anstrengungen, um die Studierendenwerke zu stärken und finanziell dauerhaft besser auszustatten. So haben wir die Grundfinanzierung, den sog. Allgemeinen Zuschuss, um fast 11 Prozent auf den Rekordwert von knapp 45 Millionen Euro angehoben – die größte Erhöhung seit mehr als zehn Jahren.</p>
	<u>SPD</u>	<p>Die Digitalisierung stellt auch die Studierendenwerke vor erhebliche Herausforderungen. Wir wollen den generellen Zuschuss des Landes so ausgestalten, dass hiervon auch diese wichtige Zukunftsaufgabe finanziert werden kann, da wir die Aufwendungen für eine dauerhafte Aufgabe halten. Dies soll nach unserer Vorstellung im Rahmen verlässlicher mehrjähriger Verträge, analog der Hochschulverträge des Landes geschehen.</p>
	<u>B90/DIE GRÜNEN</u>	<p>Wir wollen die Digitalisierung der Wissenschaft in Forschung, Lehre, Verwaltung, Infrastruktur und Services voranbringen. Dafür wollen wir ein Förderprogramm für eine umfassende Digitalisierung auflegen, aus dem auch die Studierendenwerke, samt ihrer Verwaltung und Wohnanlagen, gefördert werden sollen.</p>
	<u>FDP</u>	<p>Soziale Hochschulinfrastruktur muss auch in Zeiten von Onlinelehre für Studierende attraktiv bleiben. Deshalb haben wir den Studierendenwerken zusätzliche Mittel in Höhe von 6,1 Mio. Euro gewährt, um damit in den Studierendenwohnheimen das WLAN auszubauen, die Internetgeschwindigkeit zu erhöhen und die Ausstattung von zentralen Lernräumen zu verbessern. Wir setzen uns darüber hinaus für weitere Investitionen in die Digitalisierung sowohl der Hochschulen als auch die soziale Hochschulinfrastruktur ein.</p>
	<u>DIE LINKE.</u>	<p>Die Linke wird die Digitalisierung, wo sie sinnvoll und hilfreich ist, vorantreiben. Dies gilt beispielweise für schnelle Internetverbindungen. Es gilt aber abzuwägen, in welchen Bereichen die Digitalisierung vorangetrieben wird. Digitale Bezahlssysteme dagegen können auf Dauer gefährlich werden, da einerseits damit der Status Bargeld abgewertet wird,</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>7. Die StW sehen nicht nur in Lehre und Forschung, sondern auch in der sozialen Hochschulinfrastruktur großes Potential für die Digitalisierung, z.B. schnelle Internetverbindungen in den Wohnheimen, bei digitalen Bezahlssystemen oder der Online-Mietadministration. Wie werden Sie hier die StW fördern?</p>	<p><b><u>DIE LINKE.</u></b></p> <p><b><u>AfD</u></b></p>	<p>was andererseits zu einer Untergrabung des Datenschutzes führen kann und Menschen ohne digitale Bezahlmöglichkeiten abhängt.</p> <p>Die Förderung der Digitalisierung in allen Bereichen der Studentenwerke muss in den Haushaltsmitteln für die Studentenwerke enthalten sein. Eine Priorisierung innerhalb dieser Vorhaben wird von den Studentenwerken selbst vorzunehmen sein.</p>

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
<p>8. Werden Sie analog zur Hochschulvereinbarung NRW 2026 den StW über einen längeren Zeitraum eine aufgabengerechte Planungssicherheit ermöglichen?</p>	<p><b><u>CDU</u></b></p>	<p>Für Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen haben wir für den Zeitraum 2021-2025 nach der bisherigen Haushaltsplanung insgesamt rund 16,8 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Eine Entscheidung über darüberhinausgehende Beträge bleibt den künftigen Haushaltsverhandlungen vorbehalten. Die Studierendenwerke können vom MKW zusätzlich zum jährlichen Allgemeinen Zuschuss auch zweckgebundene Investitionszuschüsse für bestimmte Bau- und Sanierungsmaßnahmen von Mensen, Verwaltungsgebäuden und Servicehäusern (nicht für Studierendenwohnheime) erhalten. Diese Investitionen bezuschussen wir mit bis zu 70 Prozent. Die Investitionszuschüsse werden als Zuwendungen zur Verfügung gestellt. Zudem ist unerlässlich, dass die Studierendenwerke als Zuwendungsnehmer gemäß dem Subsidiaritätsprinzip einen Eigenanteil einbringen müssen. Für Investitionsmaßnahmen sind die Studierendenwerke gemäß § 11 Absatz 1 des Studierendenwerkesgesetzes NRW angehalten, Rücklagen zu bilden. Wir wollen weiterhin mit den Studierendenwerken im Austausch stehen und bedarfsgerechte Förderungen vornehmen.</p>
	<p><b><u>SPD</u></b></p>	<p>Wir unterstützen eine aufgabengerechte Planungssicherheit für die Studierendenwerke und sind offen für eine entsprechende längerfristige Vereinbarung, die etwa auch die Eckdaten der Grundfinanzierung inklusive Dynamisierung festschreibt. Als Vorbild hierfür können die Hochschulvereinbarungen dienen.</p>
	<p><b><u>B90/DIE GRÜNEN</u></b></p>	<p>Wie in der Antwort zu Frage 6 dargestellt, wollen wir den Studierendenwerken dauerhaft Planungssicherheit geben, indem wir sie aufgabengerecht finanzieren. Dafür könnte eine mehrjährige Vereinbarung ähnlich der Hochschulvereinbarung geschlossen werden.</p>
	<p><b><u>FDP</u></b></p>	<p>Mit dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre stellt der Bund den Ländern dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung. Dadurch war es möglich mit der Hochschulvereinbarung NRW 2026 den Hochschulen für die Haushaltsjahre 2022 bis 2026 einen stabilen und verlässlichen finanziellen Rahmen zur Verfügung zu stellen. Zudem haben wir die Grundfinanzierung der Studierendenwerke um rund 11 Prozent auf den Rekordwert von jetzt rund 45 Mio. Euro angehoben. Auch zukünftig setzen wir uns dafür ein, die Studierendenwerke bei der Erfüllung ihrer Aufgaben finanziell zu unterstützen und über zusätzliche Fördermittel in einem transparenten Verfahren zu entscheiden.</p>

## Synopse – Wahlprüfsteine der Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW zur Landtagswahl 2022 NRW

Fragen der Studierendenwerke	Partei	Antworten der jeweiligen Landesverbände der angeschriebenen Parteien
8. Werden Sie analog zur Hochschulvereinbarung NRW 2026 den StW über einen längeren Zeitraum eine aufgabengerechte Planungssicherheit ermöglichen?	<u><b>DIE LINKE.</b></u>  <u>AfD</u>	Im Rahmen des von der Linken geforderten Hochschulsozialpakts für bezahlbare Wohnheimplätze, könnte auch eine grundsätzlichere Vereinbarung zwischen Studierendenwerken und dem Land geplant werden, um den Studierendenwerken eine aufgabengerechte Planungssicherheit zu ermöglichen.  Wie unter der Frage 6 bereits angeführt, legt die AfD sehr großen Wert darauf, den notwendigen Bestand zum Wohl der betroffenen Menschen zu pflegen, angemessen zu modernisieren und immer dementsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.